

Unwürdige Zustände im Luzerner Haftbunker

Kritik an der Polizeidirektorin wegen des massiven Polizeieinsatzes

Die Luzerner Sicherheitsdirektorin Stämmer räumt Fehler bei der Bewältigung der unbewilligten Demonstration vom vergangenen Samstag ein. Sie wird auch von der eigenen Partei kritisiert.

mjm. Luzern, 5. Dezember

Mit einem Grossaufgebot erstickte die Luzerner Polizei, verstärkt durch Polizisten aus andern Zentralschweizer Kantonen, am Samstagabend eine unbewilligte Demonstration im Vögeligärtli in der Nähe des Bahnhofs im Keim. Eine auch für die Polizei überraschend grosse Zahl, 245 Personen von insgesamt 800 Demonstranten, wurden vorübergehend festgenommen und ins Hilfsgefängnis der Polizei in der ehemaligen Zivilschutzanlage im Sonnenbergtunnel gebracht, darunter auch ein paar Leute, die sich zufällig am Ort befanden. In den Haftzellen herrschten laut den Betroffenen unwürdige Verhältnisse. In einem offenen anonymen Schreiben und in Leserbriefen beklagten die Festgenommenen unter anderm brütende Hitze und schlechte Luft. Sie hätten stundenlang mit Kabelbindern oder Handschellen gefesselt, teilweise in kleinen Zellen mit bis zu 20 Leuten ausharren müssen, bis sie zu einer Vernehmung geführt worden seien. Als sie sich für eine Kontrolle nackt ausziehen mussten, seien auch Angehörige des Zivilschutzes dabei gewesen. Kritisiert wurden auch die sanitären Verhältnisse. Weil den Demonstranten erst nach langem Warten erlaubt worden sei, ein WC aufzusuchen, seien sie bald im eigenen Urin gestanden. Zudem hätten sich bis zu 30 Personen eine Wasserflasche teilen müssen. Einzelne der Verhafteten seien erst nach zehn Stunden entlassen worden. Die Letzten durften nach Polizeiangaben um 6 Uhr 30 gehen, laut den Organisatoren sind um 8 Uhr noch 40 Leute inhaftiert gewesen.

Überprüfung der Hafträume

Sicherheitsdirektorin Ursula Stämmer (sp.) stellte sich in den vergangenen Tagen hinter das Vorgehen der Polizei, die professionell und gut gearbeitet habe. So konnten laut der Polizei Ausschreitungen und Sachschaden verhindert und Blockaden nach kurzer Zeit wieder aufgelöst werden. Man habe klargemacht, dass eine unbewilligte Demonstration am Vorabend der Euro-08-Auslosung nicht toleriert würde. Die Veranstalter seien nicht auf ein alternatives Durchführungsdatum eingetreten und hätten eine Konfrontation bewusst in Kauf genommen. Stämmer räumte ein, dass das Fassungsvermögen der Haftstelle Sonnenberg zu klein für 245 Festgenommene sei. Die polizeilichen Ermittlungen hätten deshalb länger als üblich gedauert. Zudem hätten sich einzelne Festgenommene nicht kooperativ verhalten und die Arbeit der Polizei erschwert. Zur Mitarbeit von Zivilschützern sagte sie, dass diese keine polizeihoeheitlichen Aufgaben wahrgenommen hätten. Sie hätten der Polizei bei einfacheren Arbeiten assistiert.

Infrastrukturen wie etwa WC-Anlagen müssten überprüft und verbessert werden. Geprüft würden auch zusätzliche Räumlichkeiten. Mit Ergebnissen der Analyse sei bis Ende Februar zu rechnen, schreiben Ursula Stämmer und Yvonne Schärli, kantonale Sicherheitsdirektorin, in einer Mitteilung.

Von der eigenen Partei kritisiert

Vertreter von SP und Grünen kritisierten den Polizeieinsatz als überzogen und unverhältnismässig. Ein Juso-Vorstandsmitglied verlangte, dass sich die Sicherheitsdirektorin für den massiven Polizeieinsatz entschuldigen und alle Fakten über den Einsatz auf den Tisch legen müsse. Andernfalls müsse sie sich einen Rücktritt überlegen. Nach einer Aussprache von SP- und Juso-Mitgliedern mit Stämmer seien Fragen offengeblieben. Eine Vertreterin der Grünen kündigte einen Vorstoss im Stadtparlament an, um zu erfahren, warum die Polizei so massiv eingegriffen habe. Die Initianten der Kundgebung wollten auf den angeblichen Mangel an kulturellen Freiräumen in Luzern aufmerksam machen. Insbesondere wollten sie gegen die Schliessung des alternativen Kulturzentrums Boa demonstrieren. Am Stadtrand von Luzern, auf Boden der Gemeinde Kriens, entsteht derzeit der Kulturwerkplatz Südpol als Ersatz für die Boa. Die Stimmberechtigten der Stadt Luzern haben im Februar 2006 das Projekt gutgeheissen. Die Gesamtkosten für den Kulturwerkplatz werden ohne Land auf fast 26 Millionen Franken veranschlagt. Dieser Betrag reduziert sich schliesslich aber unter dem Strich auf 7,19 Millionen Franken.